

Umfrage bei den politischen Parteien

Kurze Antworten auf nicht immer einfache Fragen: Das haben wir von den sieben wichtigsten, im Parlament vertretenen Parteien verlangt.
Mitgemacht haben alle, die Antworten sind teils äusserst aufschlussreich.



Die Auslandschweizer sind eine stetig wachsende Wählergruppe. Mit welchen Mitteln kommuniziert Ihre Partei mit den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern?

Die BDP ist eine junge Partei und verfügt noch nicht über eine institutionalisierte Beziehungsform mit den Auslandschweizerinnen und -schweizern. Die Kommunikation erfolgt in erster Linie über unsere Website, den Video-Newsletter und E-Mails.	Wir kommunizieren ausschliesslich auf elektronischem Wege mit Sekretärin im Hauptsitz. ASO-Kongress, Werbung in «Schweizer Revue», Referate CH-Vereine im Ausland, Webseite, Newsletter, Social Media, Printmagazin.	Wir sind sehr aktiv in den sozialen Medien. Der Newsletter kann online auf www.gruene.ch auf Informationen auf unserer Homepage. Wir sind auch auf Facebook und am Auslandschweizer-Kongress präsent.	Wir sind fast ausschliesslich digital. Dies hat den Vorteil, dass wir Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer genauso gut erreichen können wie alle anderen Mitglieder. Dazu nehmen wir als Partei jeweils am jährlichen Auslandschweizer-Kongress teil.	Unsere Parteikommunikation erfolgt fast ausschliesslich digital. Dies hat den Vorteil, dass wir Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer genauso gut erreichen können wie alle anderen Mitglieder. Dazu nehmen wir als Partei jeweils am jährlichen Auslandschweizer-Kongress teil.	Unsere Auslandschweizer-Sektion SVP International ist im regen Austausch mit Schweizern weltweit. Dies auch über www. svp-international.ch oder die Facebook-Seite www.facebook.com/svpinternational.	Die Botschafter der SP sind die Mitglieder der internationalen SP-Sektion. In Berlin, Paris, Rom und Israel sind Mitglieder in SP-Antennen aktiv. Weitere sind in Brüssel, Montreal, Buenos Aires oder Kapstadt im Aufbau.
--	--	---	---	---	---	--

Falls bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative kein Kompromiss mit der EU gefunden wird, also Personenfreizügigkeitsabkommen und bilaterale Verträge gekündigt werden müssten. Was gewichtet Ihre Partei in diesem Fall höher, die wortgetreue Umsetzung oder den Erhalt der bilateralen Verträge?

Der Erhalt der Bilateralen hat oberste Priorität und ist ein Schwerpunktthema der BDP im Wahljahr. Die BDP präsentierte bereits im Frühjahr 2014 einen Umsetzungsvorschlag zur MEI. Zudem will die BDP das Verhältnis zwischen der Schweiz und den EU-Klären und die Bilateralen in der Verfassung verankern. Dem Willen des Stimmvolks nach tieferer Zuwanderung gilt es über die Förderung inländischer Arbeitskräfte gerecht zu werden.	Für die FDP International hat der Erhalt der bilateralen Verträge. Ein «Alleingang» ist absolute Priorität. Allein für einen Grossteil der in der EU lebenden 450 000 Schweizerinnen und Schweizer würde der Wegfall der Personenfreizügigkeit gravierende Auswirkungen haben. Außerdem gilt es den gesamten Spielraum bestehen schon in der EU. Mit Massnahmen wie dem Vollzug flankierender Massnahmen oder der Förderung inländischer Arbeitskräfte, wird die Zuwendung auch besser steuerbar, ohne Gefährdung der Bilateralen.	Für die BDP steht der Erhalt der bilateralen Abkommen im Vordergrund. Ein «Alleingang» ist absolute Priorität. Allein für einen Grossteil der in der EU lebenden 450 000 Schweizerinnen und Schweizer würde der Wegfall der Personenfreizügigkeit gravierende Auswirkungen haben. Außerdem gilt es den gesamten Spielraum bestehen schon in der EU. Mit Massnahmen wie dem Vollzug flankierender Massnahmen oder der Förderung inländischer Arbeitskräfte, wird die Zuwendung auch besser steuerbar, ohne Gefährdung der Bilateralen.	Für die Grünen steht der Erhalt der bilateralen Abkommen im Vordergrund. Ein «Alleingang» ist absolute Priorität. Allein für einen Grossteil der in der EU lebenden 450 000 Schweizerinnen und Schweizer würde der Wegfall der Personenfreizügigkeit gravierende Auswirkungen haben. Außerdem gilt es den gesamten Spielraum bestehen schon in der EU. Mit Massnahmen wie dem Vollzug flankierender Massnahmen oder der Förderung inländischer Arbeitskräfte, wird die Zuwendung auch besser steuerbar, ohne Gefährdung der Bilateralen.	Für die SP ist die Sicherung der bilateralen Verträge ganz klar Priorität. Die Vorgabe gilt es nun im Landesinteresse umzusetzen. Davon betroffen ist einzig das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, das neu zu verhandeln ist. Mit diesem Abkommen verbunden sind allenfalls die weiteren sechs Abkommen des Pakets Bilaterale I, die jedoch in gegenseitigem Interesse zwischen der Schweiz und der EU liegen. Die Schweiz und mit der EU insgesamt über
--	--	---	--	---

In jüngster Vergangenheit sind mehrere Volksinitiativen zur Familienpolitik gescheitert. Welches ist für Ihre Partei die wichtigste familienpolitische Einzelmaßnahme, die in nächster Zukunft umgesetzt werden sollte?

Die BDP will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, um die Frauen besser im Arbeitsmarkt integrieren und so einen Lösungsbeitrag zum Fachkräfte-mangel liefern zu können. Hierfür sind ein Bündel von Massnahmen nötig, zu welchen die BDP im Parlament Vorschläge eingerichtet hat: so etwa der Ausbau und die Förderung von Kita-Angeboten oder die Einführung von Tagesschulen und Blockzeiten.	2016 kommt die nächste CVP-Familieninitiative vor Volk. Wir wollen die Aufhebung der Heirats- und Partnerschaftsstrafe. Ehepaare und eingetragene Partner sollen nach jahrelanger Schlechterstellung endlich anderen Paaren bei Steuer- und Vorsorgefragen gleichgestellt sein. Im Parlament sind aktuell weitere Forderungen der CVP häufig: der Vaterschaftsurlaub und die Prämienvabefreiung für die Kinder.	Am besten wäre den Familien mit der Einführung der Individualbesteuerung geholfen. Diese ist gerecht und auf die persönlichen Einkommensverhältnisse zugeschnitten. Die kalte Progression würde damit verhindert. Zudem muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden: Der Steuerauszug für die Kosten der externen Kinderbetreuung soll erhöht werden.	Wir wollen Ehepaare und Konkubinate bei Steuern und Sozialversicherungen gleichstellen und wir unterstützen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Kindererziehung soll für Männer und Frauen mit einer Berufstätigkeit vereinbar sein. Angebote für Tagesstrukturen und Teilzeitstellen auf allen Stufen und für beide Geschlechter müssen deshalb eine Selbstverständlichkeit sein.	Wir wollen Ehepaare und Konkubinate bei Steuern und Sozialversicherungen gleichstellen und wir unterstützen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Ziel der SVP ist tiefe Steuern für alle. Gutschriften, die nach dem Prinzip «eine Gutschrift für jedes Kind» von der Steuerrechnung abgezogen werden können, sind sozialer als Abzüge, von denen vor allem die hohen Einkommen profitieren.
«Für die Energiewende» ist eines der drei Kernthemen der BDP-Wahlkampagne. Die BDP hat als erste bürgerliche Partei den geordneten Atomausstieg gefordert und bekommt sich zur Energiestrategie 2050 und zu einem marktwirtschaftlichen Energieleistungssystem. Die ökologische Verantwortung ist eine Pflicht gegenüber künftigen Generationen und bietet dank Innovationspotenzial grosse wirtschaftliche Chancen.	Die vom Bundesrat vorgeschlagene Energiestrategie ist für die Schweizer Wirtschaft kaum verkraftbar und nicht gesellschaftsverträglich. Sie baut neue Hürden für den Standort Schweiz auf und führt zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Die FDP International will klare und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen anstatt neue Abgaben und Subventionen, welche den Markt verzerrn.	Die Grünen unterstützen die Energiestrategie 2050 als wichtigen Schritt für die Energiewende. Allerdings fehlen für die bestehenden Kernkraftwerke maximale Laufzeiten wie wir es in unserer Atomausstiegsinitiative fordern. Ohne klare Termine für den Atomausstieg fehlt die Planungssicherheit für Investitionen in Energieeffizienz und den Austausch der erneuerbaren Energien.	Ja. Wir wollen die Energiewende aber mit liberalen Anreisystemen erreichen. Umwelteinrisse werden heute nicht verursachergerecht belastet und die Atomenergie wird versteckt subventioniert. Mit Kostenwahrheit und Lenkungsabgaben wollen wir weg von CO ₂ -lastigen Technologien und der Atomkraft hin zu erneuerbaren Energien.	Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates ist eine teure Utopie, welche eine sichere Energiesorgung der wachsenden Schweiz gefährdet. Die SVP lehnt dieses auf Zwang und höhere Preisen basierende Konzept ab. Leidtragende dieser Strategie wären die Bürgerinnen und Bürger sowie die kleinen und mittleren Unternehmen mit ihren zahlreichen Arbeitsplätzen. Vielmehr sollten die Rahmenbedingungen für die optimale Nutzung der verschiedenen Energieträger verbessert werden. Technologieverbote helfen hier nicht weiter.

2011 haben Bundesrat und Parlament den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. In der Energiestrategie 2050 schlägt der Bundesrat den sukzessiven Umbau des Schweizer Energiesystems bis ins Jahr 2050 vor. Unterstützt Ihre Partei diese Strategie?

«Für die Energiewende» ist eines der drei Kernthemen der BDP-Wahlkampagne. Die BDP hat als erste bürgerliche Partei den geordneten Atomausstieg gefordert und bekommt sich zur Energiestrategie 2050 und zu einem marktwirtschaftlichen Energieleistungssystem. Die ökologische Verantwortung ist eine Pflicht gegenüber künftigen Generationen und bietet dank Innovationspotenzial grosse wirtschaftliche Chancen.	Die vom Bundesrat vorgeschlagene Energiestrategie ist für die Schweizer Wirtschaft kaum verkraftbar und nicht gesellschaftsverträglich. Sie baut neue Hürden für den Standort Schweiz auf und führt zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Die FDP International will klare und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen anstatt neue Abgaben und Subventionen, welche den Markt verzerrn.	Die Grünen unterstützen die Energiestrategie 2050 als wichtigen Schritt für die Energiewende. Allerdings fehlen für die bestehenden Kernkraftwerke maximale Laufzeiten wie wir es in unserer Atomausstiegsinitiative fordern. Ohne klare Termine für den Atomausstieg fehlt die Planungssicherheit für Investitionen in Energieeffizienz und den Austausch der erneuerbaren Energien.	Ja. Wir wollen die Energiewende aber mit liberalen Anreisystemen erreichen. Umwelteinrisse werden heute nicht verursachergerecht belastet und die Atomenergie wird versteckt subventioniert. Mit Kostenwahrheit und Lenkungsabgaben wollen wir weg von CO ₂ -lastigen Technologien und der Atomkraft hin zu erneuerbaren Energien.	Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates ist eine teure Utopie, welche eine sichere Energiesorgung der wachsenden Schweiz gefährdet. Die SVP lehnt dieses auf Zwang und höhere Preisen basierende Konzept ab. Leidtragende dieser Strategie wären die Bürgerinnen und Bürger sowie die kleinen und mittleren Unternehmen mit ihren zahlreichen Arbeitsplätzen. Vielmehr sollten die Rahmenbedingungen für die optimale Nutzung der verschiedenen Energieträger verbessert werden. Technologieverbote helfen hier nicht weiter.
--	---	---	---	---

Welche Zusammensetzung des Bundesrates strebt Ihre Partei nach den Wahlen an? Eine rein mathematische Zauberformel: je zwei Sitze für die drei wälderstärksten Parteien und einen Sitz für die viertstärkste? Oder eine eher inhaltliche Konkordanz, in der wie heute auch eine Kleinpartei im Bundesrat vertreten sein kann?

Die BDP strebt eine inhaltliche Konkordanz der Lösungsorientierten Kräfte in der Regierung an.	Wir äussern uns erst nach den Parlamentswahlen zu den Bundesratswahlen.	Das Parlament hat die Freiheit, den Bundesrat zusammenzusetzen, wie es will. Die Regierung muss im Parlament aber breit abgestützt sein, um Projekte durchzubringen. Das ist früher mit der Formel 2-2-2-1 gut gelungen. In den zwei vergangenen Legislaturperioden ist der Bundesrat hingegen sehr oft gescheitert.	Die Grünen sind für die «Konkordanz der Vernunft». Die SVP, die den Rechtsstaat aushebelt und die internationale Zusammenarbeit gefährt, gehört nach Meinung der Grünen trotz ihrer Grösse nicht in die Landesregierung.	Die Grüneraliberalen stehen grundsätzlich zur Konkordanz. Die Regel 2-2-2-1 widerspiegelt jedoch nicht mehr die Realität der Parteidenschaft. Wir würden eine klare Regel begrüssen, die von den Parteien vor den Wahlen definiert wird. Wir haben aber zweinhalftliche Minimalanforderungen für den Gesamtbundesrat: Wir wollen die Energiewende sichern und unsere liberale Wirtschaftsordnung bewahren.	Die SVP hat sich stets zur Konkordanz bekannt, bei der die vier wichtigsten Parteien gemäss ihrer Stärke im Bundesrat integriert sind. Dieses System schafft politische Stabilität und sollte nach den Wahlen wieder hergestellt werden. Die SVP ist auch bereit, wie immer wieder gefordert wird, mehr Verantwortung in der Regierung zu übernehmen.	Die Konkordanz heisst, dass alle massgeblichen verantwortungsvollen Kräfte in der Regierung vertreten sein sollen, sofern sie wählbare Kandidaturen präsentieren. Ein freier Verteilungsklüssel wie in den Jahrzehnten der Zauberverfome ergibt hingegen keinen Sinn mehr. Auch hat die SVP immer gesagt, dass sie keine amtierenden Bundesräten abwählen wird, die ihre Arbeit gut machen.
Einer rechtstürgerlichen Regierung mit einer SVP-FDP-Mehrheit erteilt die BDP eine Absage, da im schweizerischen Konkordanzsystem eine ausgewogene Vertretung der konstruktiven Kräfte höher zu gewichten ist als eine Regierungszusammensetzung nach rein arithmetischen Gesichtspunkten.						

Auslandschweizer haben wenig Chance, gewählt zu werden, weil die Stimmen der im Ausland Stimmberechtigten auf alle Kantone verteilt sind. Ein eigener Wahlkreis würde die Wahlchancen erheblich verbessern.
Würde Ihre Partei einen separaten «Wahlkreis Auslandschweizer» unterstützen?

Nein	Im Prinzip Ja	Noch keine Position	Das wäre super	Keine Position	Nein	Ja


Adrian Amstutz

+

Amstutz

Bewirtschaftung | Vermarktung – Ihr Partner in der Ostschweiz

2x auf jede Liste 1 

Damit Sie sich um nichts kümmern müssen, sorgen wir uns umfassend um Ihre Liegenschaft in der Heimat.

EGELI Immobilien AG
Teufelerstrasse 36 | 9000 St. Gallen | 071 221 11 77 | egel-immobilien.ch



Langfristig handeln für die Gesundheit und den Schutz der Kinder. Seit 55 Jahren unterstützt Terre des hommes Kinder in Not. In mehr als dreissig Ländern bieten wir Kindern damit eine bessere Zukunft. Ihr Testament zugunsten der **Kinder unterstützt den Einsatz von Terre des hommes.**

Bestellen Sie gratis unsere Ratgeber Broschüre, kontaktieren Sie Ihren Ansprechpartner:
Vincent Maunoury, T +41 58 611 07 86, vincent.maunoury@tdh.ch.

Berechnen Sie Ihren verfügbaren Erbanteil auf www.tdh.ch/de/donate/legacy

Ihr letztes Geschenk wird das schönste sein!

 Siege | Hauptstz | Sede | Headquarters
Av. Montchoisi 15, CH-1006 Lausanne
T +41 58 611 06 66, F +41 58 611 06 77
E-Mail: info@tdh.ch, CCP/PCK: 10-11504-8